

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

### für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 353 Jahrgang 214



**Bezugspreis:** für halbes und vollständige Jahrgang monatlich Mk. 2.40, vierteljährlich Mk. 22.80 und Ganz. Durch die Post bezogen zusätzlich postabgebunden.  
**Abend-Ausgabe**  
**Anzeigenpreis:** Die Spalte 10 mm breite zum Anzeigenplatz 0.10. Die Spalte 20 mm breite zum Anzeigenplatz 0.20. Kleinere nach Vereinbarung.  
**Gesellschaftliche Halle-Saal:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Täglich von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.  
**Abend-Ausgabe**  
**Donnerstag, 4. August**  
**Gesellschaftliche Halle-Saal:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Täglich von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.

## Eine gemeinsame Ententente

### Der Schlag ins Wasser

Frankreich hat sich gewaltig darüber aufgeregt, daß Deutschland seine Forderungen nach Freigabe der oberdeutschen Truppentransporte „abgelehnt“ hätte. Es tobte und drohte, England und Italien soweit waren, den Schritt Frankreichs zu billigen, und Truppenverfahrungen nach Oberdeutschland, freilich nicht, wie es Frankreich wollte, sofort, sondern erst, wenn es der Oberste Rat für nötig hält. So kam der vermeintliche Schritt der Ententemächte in Berlin zunächst gar nicht weiter als ein Schlag ins Wasser. Die Nachricht ist dadurch nur lächerlich. Denn, wenn jetzt Frankreich seine Bereitwilligkeit zugesagt, so ist das doch nicht anders, als was schon in der ersten Note zum Ausdruck kam. Deutschland hat schon damals gesagt, daß es einer Forderung der Ententemächte nichts in den Weg lege. Wozu also die Aufregung? Es ist weiter nichts als ein Mißverständnis der französischen Politik. Die Differenzen mit England sind so bedeutend, daß etwas geübt wurde, den Schein der Einheit zu wahren und so lächerlich sein.

Bei der Hebergabe der französischen Note vom 16. Juli erforderte der französische Votzschaffer neben anderen Forderungen auch die, Deutschland solle unverzüglich alle Forderungen treffen, um den Durchtransport einer neuen französischen Division nach Oberdeutschland zu fördern. Hat die deutsche Regierung die französische Note beantwortet hätte, wurde der französische Votzschaffer am 23. Juli bei dem Minister Rauter erneut vorförlig und verlangte, die deutsche Regierung solle bis zum gleichen Abend erklären, ob sie der Forderung bezüglich des Truppentransports nachkommen wolle. Am Abend des gleichen Tages überreichte die deutsche Regierung zusammen mit der Antwort auf die französische Note vom 16. Juli ein Antwortschreiben des Reichsministers des Innern, Hermann Brüning, dem Votzschaffer bereits bekannt ist. In diesem Schreiben heißt es die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß sie bereit sei, den Bestimmungen des Verfallter Friedensvertrages in jeder Weise nachzukommen, daß sie aber zunächst um Mitteilung darüber bitten müßte, ob das Erreichen der französischen Regierung in diesem Falle im Rahmen der drei Okkupationsgebiete gestellt sei.

## Zur Regelung der Rechtsverhältnisse der ehemaligen elsaf-lothringischen Beamten

Von Geh. Studienrat Dr. Cuckhe, früherer Gymnasialdirektor zu Colmar i. Elz.

Als die Franzosen die Verwaltung Elsaß-Lothringens übernahmen, verbrachten sie nach längerer oder längerer deutscher Besetzung verhältnismäßig erdienten. Die Reichsbeamten waren schnell untergebracht. Die Beamten der Post, Telegraphie, Reichsbahn und vereinzelt andere konnten ohne weiteres an eine andere Dienststelle im Reich versetzt werden. Die Beamten der Reichsbahn wurden, abgesehen von den im ehemaligen Reichseisenbahnnetz verbleibenden, von den Bahnbewertern der Länder, aus denen sie stammten, übernommen. Die übrigen Verdrängten waren Landesbeamte oder Beamte der Bezirke, Gemeinden und Körperschaften. Ertere waren im Namen des Reiches und von seinen Organen, dem Kaiser, seinem Statthalter und den diesen unterstellten Behörden, ernannt worden, für ein Land, das nach der Vereinigung von 1911 nach Reichsland blieb und bis zum Ende in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis vom Reich blieb. Für jeden der nicht von staatsrechtlichen Titeln, sondern von den tatsächlichen Verhältnissen sich bestimmen läßt, ist das Reich unweifelhaft rechtlich verpflichtet, diese aus dem dem Reich ihnen zugewiesenen Wirkungsbereich vertriebenen Beamten möglichst bald im unmittelbaren Reichsdienst wieder zu verwenden oder ihnen einen entsprechenden Platz in der Beamtenchaft der Länder zu verschaffen, bis zu ihrer Wiederanstellung oder sie als Reichsbeamte im einstweiligen Aufstand zu behandeln. Und ebenso gewiß ist es eine Ehrenschuld des Reiches, in gleicher Weise für die anderen Beamten zu sorgen, die ebenfalls unter den schwierigsten Verhältnissen dienst geübt haben, das Land dem Deutschen zu gewinnen und zu erhalten.

Über den Ententenschritt in Berlin wird vom W. A. B. geantwortet: Die Angelegenheit des Truppentransportes nach Oberdeutschland hat nunmehr ihre Erzielung gefunden. Wie schon mitgeteilt worden ist, hat der Reichsminister des Auswärtigen der französischen Votzschaffer, der englische Votzschaffer und der italienische Votzschaffer und überreichen die nachfolgenden drei gemeinsam verfaßten unterzeichneten Note:

Im folgenden Tage nach Bekanntmachung dieses Briefes erließen der französische Votzschaffer beim Reichsstatthalter der Elz in Gegenwart des Reichsministers des Innern empfang. Herr Rauter erklärte, daß die in dem Briefe des Ministers des Innern gegebene Antwort nicht genügend, und verlangte nochmals eine Erklärung der deutschen Regierung, ob sie auf Erreichen der französischen Regierung die französischen Verpflichtungen nach Oberdeutschland zu befördern bereit sei.

Darauf wurde dem französischen Votzschaffer unter dem 23. Juli eine schriftliche Antwort erteilt. In dieser erklärte die deutsche Regierung, sie habe es im Hinblick auf die große Verantwortung, die sie mit ihrer Antwort auf die Forderung der französischen Regierung übernehme, für ihre Pflicht gehalten, ihrerseits bei dem Reichsminister des Innern anfragen, ob auch diese dem Truppentransport nach Oberdeutschland zustimmen. Die deutsche Regierung machte in diesem Schreiben darauf aufmerksam, daß sie diesen Schritt als ein besonderes Zeichen ihrer absoluten Loyalität den Regierungen gegenüber betrachte, die in Oberdeutschland die Okkupationsmacht ausüben und inwiefern davon die Hoffnung, daß die französische Regierung die Note, von denen die deutsche Regierung sich in dieser Frage hätte leiten lassen, verlassen und würdigen werde. Da inzwischen die Ansicht ausgeprochen worden war, daß die Forderung der französischen Regierung über den Truppentransport nach Oberdeutschland im Mai dieses Jahres einen vortrefflichen Erfolg für die französische Forderung darstellen, lenkte die deutsche Regierung gleichzeitig die Aufmerksamkeit auf die Note vom 5. Mai d. J., aus der sich zweifellos ergibt, daß die Einsetzung der britischen Verdrängten nach Oberdeutschland bei allen beteiligten Mächten die Zustimmung als ein gemeinsames Ziel betrachtet werden kann. Der Schritt bezüglich von der deutschen Regierung beantragt worden sei. In den auf dies Schreiben folgenden Tagen wurde der deutschen Regierung bekannt, daß die Frage des Truppentransportes auf der demnächst stattfindenden Tagung des Obersten Rates behandelt und entschieden werden sollte. Sie richtete deshalb an den französischen Votzschaffer ein weiteres Schreiben, in dem sie erneut erklärte, daß sie im Einklang mit dieser Auffassung über den Truppentransport die Entscheidung des Obersten Rates anzuerkennen werde. Auf diese Mitteilung des deutschen Staatskanzlers erfolgte der oben besungene Schritt der französischen Regierung, durch den die Angelegenheit nunmehr ihre Erzielung gefunden hat.

Der Votzschaffer Frankreichs, der Votzschaffer Englands und der Votzschaffer Italiens bedanken sich im Auftrag ihrer Regierungen die deutsche Regierung zu erlauben, die nötigen Verfügungen zu treffen, um durch alle möglichen Mittel den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberdeutschland in jedem Augenblick nötig machen könnte. Es wurde noch mündlich hinzugefügt, daß es sich hierbei nicht um ein Erlaß handeln, schon jetzt Truppen zu befördern, sondern um die grundsätzliche Vereinerkennung der deutschen Reichsregierung, daß auf eine freigelegte Aufforderung der drei Mächte hin zu tun.

Der Reichsminister des Auswärtigen antwortete, daß dieses Anliegen dem letzten der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit eingegangenen Standpunkte entsprechen. Er erklärte sich bereit, in diesem Sinne mit dem Reichsverkehrsminister in Verbindung zu treten.

Weiter die Vorgeschichte dieses Schrittes schreibt W. A. B.: Nachdem inzwischen in der Angelegenheit der Truppentransporte nach Oberdeutschland in der auswärtigen Politik die nötigen Verfügungen erlassen sind, die die Zusammenhänge zwischen den beiden Mächten in der Angelegenheit der Truppentransporte nach Oberdeutschland genommen hat.

## Ein letzter Appell an die Entente

Die „Sächsische Volkszeitung“ veröffentlicht heute eine Nummer, um den Wünschen aus ihren oberdeutschen Kreisen entsprechend nach in letzter Stunde einen Appell an die Ententemächte zu richten. Neben dem Reichsminister des Innern, Herr Brüning, und dem Reichsminister des Auswärtigen, Herr Brüning, sind die Zustimmungserklärungen abgegeben. Der Reichsminister des Innern, Herr Brüning, sagte u. a.: Das oberdeutsche Volk hat die unglücklichen Leiden der letzten Zeit gewidrig empfunden in dem Glauben, daß die Entente jetzt dem Schritt nachzugehen, den die Reichsminister zum Siege versprochen wurde, daß deutsche Volk hat auch nach ausländischen Mächten ein besonderes Beispiel aufständiger Friedensliebe während des Krieges an dem Tag gelegt. Ohne Parteinteresse aber auch ohne das deutsche Volk auf seinem Recht auf Oberdeutschland nicht verzichten will, im Interesse des Friedens ein gutverstandenes Verhältnis mit Polen und im Interesse der Kultur und Wirtschaftlichen einen Aufstieg des jungen Polenstaates. Deutschland gibt den geringen politischen Wünschen der Deutschen, es für die großen deutschen Wünsche in Europa zu sein, die ohne Rücksichtnahme zu Polen geschlagen wurden. Im Interesse Europas und des demokratischen Fortschritts ist es aber auf seinem guten Rechte zu bestehen und gegen eine Forderung der oberdeutschen Forderung zu protestieren, die den Überwindung auf allen Seiten zuzuziehen und eins unauflöslichen Zusammenhang im Osten Europas schaffen würde. Der Aufstufungserfolg wird eine bleibende Erinnerung. Der Aufstufungserfolg ist ein gegen alle widerwärtigen Umstände durchgeführtes sein. Man gegen alle widerwärtigen Umstände durchgeführtes sein. Man gegen alle widerwärtigen Umstände durchgeführtes sein.

an diesem Ziel mitgewirkt haben. Ich ergreife die Gelegenheit, um nochmals zu bitten, den Oberdeutschen für ihre Treue, dem deutschen Volk für sein festes Zusammenstehen und auch der Breite aller deutschen Parteien in Oberdeutschland, Schließen und dem ganzen Reich und zuletzt auch den deutschen Völkern im Anknüpfungspunkt zu danken.

Der preussische Minister des Innern, Dominicus, sagt u. a.: Politischer Unabhängigkeit und Staatsverfassung, die sich in Ober- und Niederdeutschland aufhalten, werden von den Oberdeutschen in Opfern, Verwaltungsmittel, vorläufige Entscheidung erhalten. Die in übrigen Deutschland sich befindenden Oberdeutschen können sich unmittelbar bis das für die Regierung für Beamte in den Grenzgebieten in Berlin (an den Seiten 21) werden. Ferner wäre zu berücksichtigen, daß für Beamte, die während des Krieges außer Eas- und Körperverletzungen nicht zuletzt auch seelische Aufregungen und Nachteile erlitten haben, sich eine besondere Zuwendung zum Ausgleich notwendig macht.

Der Führer der oberdeutschen Bewegung, Generalleutnant a. D. Söffer, ein geborener Oberdeutscher, sagt u. a.: Politischer Unabhängigkeit und Staatsverfassung, die sich in Ober- und Niederdeutschland aufhalten, werden von den Oberdeutschen in Opfern, Verwaltungsmittel, vorläufige Entscheidung erhalten. Die in übrigen Deutschland sich befindenden Oberdeutschen können sich unmittelbar bis das für die Regierung für Beamte in den Grenzgebieten in Berlin (an den Seiten 21) werden. Ferner wäre zu berücksichtigen, daß für Beamte, die während des Krieges außer Eas- und Körperverletzungen nicht zuletzt auch seelische Aufregungen und Nachteile erlitten haben, sich eine besondere Zuwendung zum Ausgleich notwendig macht.

Reichsregierung und Reichstag haben dem auch fürs erste den vertriebenen Beamten ihre elsaf-lothringische Besetzung nicht dem im Reich geltenden Steuerungsregeln und für die Zeit vom 1. April 1920 ab, ausgleichende Vorschläge anstellen lassen. Nunmehr aber ist ein Gesetzentwurf betreffend Regelung ihrer Rechtsverhältnisse eingebracht worden. Alle elsaf-lothringischen Beamten, auch die der Bezirke, Gemeinden und Körperschaften, soweit sie noch nicht wieder angestellt sind, werden darin im allgemeinen dem Reichsdienst mit Wirkung vom 1. April 1920 ab gleichgestellt. Sie werden als Reichsbeamte angesehen, die einwilligen in den Ruhestand versetzt sind, weil das von ihnen beurlaubte Amt infolge einer Umwidmung der Verwaltung aufgehört hat. Doch enthält der Entwurf auch wichtige Änderungen, die für die für solche Beamte geltenden Bestimmungen des Reichsdienstgesetzes. Die Warteliste, die für die einwilligen in den Ruhestand versetzten Reichsbeamten so lange dauert, bis sie wieder angestellt oder pensioniert sind, soll bei den bisherigen elsaf-lothringischen Beamten nur 3 Jahre, bei denen mit weniger als 10 Dienstjahren nur 2, oder 1 Jahr währen. Zweitens soll die Pensionierung schon mit dem 60. Lebensjahre eintreten.

Die letztere Bestimmung ist bereits vom Reichsrat abgeändert worden; er hat die bisher allgemein geltende Altersgrenze, das 65. Lebensjahr, in den Entwurf eingeleitet. Die andere Abänderung vom Reichsdienstgesetz zu betreffen, bleibt dem Reichstag oder seinem Staatsratsauschuß vorbehalten, dem der Entwurf in der Sitzung vom 20. Juni überwiegen wurde. Auch sie wird als harter Ausnahmefall von den Betroffenen empfunden, und mit vollem Recht.

Die Reichsregierung ist freilich der Ansicht, daß es innerhalb der von ihr vorgezeichneten Warteliste möglich sein werde, alle noch nicht wiederangestellten Beamten unterzubringen. Wenn dies im Einzelfalle nicht gelingen sollte, könne mit einer Wiederanstellung wohl überhaupt nicht mehr gerechnet werden, so daß an Stelle der Besetzung in den einwilligen die in den bauernden Aufstand geredet wird erlange.

Wenn dem so ist, so würde mit der Besetzung der seitlichen Beschränkung der Warteliste das Reich jedenfalls nicht erheblich befristet werden; für den Beamten aber, der aus irgendwelchen Gründen nicht wiederangestellt wird, dürfte es unter Umständen sehr viel bedeuten, wenn er nicht schon nach 5 Jahren Warteliste pensioniert wird, sondern erst mit der Vollendung des 65. Lebensjahres, weil das Ruhestandsgeld bei niedrig sein würde, wenn ihm befristetweise nur 15 Dienstjahre angerechnet werden könnten. Einzelnen würde jedenfalls eine schwere Einbuße auferlegt, ohne daß die Gesamtheit einen größeren Gewinn davon hätte, und zwar geschähe es auf Grund einer willkürlichen Abänderung von dem Reichsdienstgesetz, auf dessen Boden man sich doch mit der Vorlage im ganzen gefügt hat und das auch für die elsaf-lothringischen Beamten von tiefer angeordnet hat.







Halle und Umgebung

Halle, 4. August.

Brotpreiserhöhung und Getreideumlageverfahren

Ein beschleunigter Antrag.

In der Deputationsaktion des Reichstages (Landtag) hat die Deputationskommission Vollpreizeiten (Landtag) folgendes Schreiben erlassen...

Der Auslegungsantrag zum Grundgesetz, zur Erklärung und zu den Kinderbüchern wird vom 1. Oktober ab für alle Cristallen gleichmäßig festgesetzt...

Demnach erklärt der Landesverband nachdrücklich: Es sei eine Partei in Stadt und Land! Das neue Umlageverfahren in der Getreideverwertungsanstalt...

Unser Parteivorstand rücht mit die dringende Bitte, diese Angelegenheit bald vorübergehende Zurechnung zu ertragen...

Universität und Handelshochschule

Die Promotion zum Dr. rer. pol.

Wie in der Regel für alle Promotionen an den deutschen Universitäten ist auch für die zum Dr. rer. pol. ein Studium...

gewissen Bedingungen ganz oder teilweise Handhabungsbefugnisse an. Gütigen Verlangt, die Handhabungsbefugnisse...

Außeninstitut der Technischen Hochschulen.

Zur härteren Verbindung der technischen Hochschulen mit den Aufgaben des praktischen Lebens hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bestimmt...

Dem Außeninstitut können grundsätzlich sämtliche an einer Hochschule tätigen ordentlichen, außerordentlichen und Honorarprofessoren, sowie Dozenten und Privatdozenten angeschlossen werden...

Zur Durchführung der Aufgaben des Außeninstituts oder für einzelne Einzelarbeiten können Einzelgruppen mit ihrer Einwilligung herangezogen werden. Dem Senat und dem Rektor steht das Recht zu...

Ein „Mittellands“-Zug

Eine nachdemumterte Einrichtung hat die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. mit der Schaffung eines Extrazuges für Mittelhandstriebe geschaffen...

Im Interesse der minderbemittelten Kreise des ganzen Reiches hat zu hoffen, daß wir demnächst solche Extrazüge auch in Thüringen, dem Harz und vor allem von den norddeutschen Grenzgebieten ausgeben werden...

— Aus dem Kriegsgeländeslager Weignau. Die Niedersächsischen Montanarbeiter, die den in Weignau befindlichen Gefangenen eine größere Spende...

Professor Kaiser zum 60. Geburtstag

Morgen, am 5. August, begeht Prof. Dr. phil. Wilhelm Kaiser, Zahlverwalter an der Leipziger Hochschule (Ratna) der französischen Sittungen in Halle, seinen 60. Geburtstag. Es ist uns eine besondere Freude...

rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Senatspräsident am Staatlichen Oberlandesgericht Dr. jur. Max Ritterlein, in der medizinischen Fakultät der Dermatologe Dr. Ernst Delbano in Hamburg...

— In der Vertreterwahl der Berliner Universität wurde nach Prof. Magnus Günter Dr. Dr. Kernl gewählt. Die Wahl unterliegt noch der Bestätigung des Ministeriums...

Freiheit kommt, die schon so lange und reichlich von uns erwartet wird. Die Wertesetze dringen mir jetzt erdrückend...

— Der Aufsicht für Volkshochschulangelegenheiten geht aus der Wahl der Parteiführer eine öffentliche Demonstration...

— In den Nachrichten vertreten ist am 1. August Herr Regierungsrat, Eisenbahndirektor Fischer, Vorstand des Eisenbahn-Vereins in Halle...

— Der Evangelische Volksverein (Evangelischer Arbeiterverein) benachteiligt am Sonntag, den 6. August, ebenfalls 8 Uhr im Saale des Gemeindehauses Albrechtsplatz ein Programm...

— Ein Deutsch-amerikanischer Kulturverband. In Beijing ist der Kulturklub worden zu einem deutsch-chinesischen Kulturverbände...

Das trübe Welt der Frau hat sich jetzt von neuem von der Vergangenheit gelöst. Es ist ein neues Leben, ein neues Leben...





